

1 Soziale Sicherung neu denken!

2 **Zentrale Forderungen für eine zukunftsfähige Soziale Sicherung.**

3 Das Vertrauen in die bestehenden sozialen Sicherungssysteme nimmt ab. Die lang anhalten-
4 de Massenarbeitslosigkeit, die Situation der öffentlichen Haushalte, die demografische Ent-
5 wicklung, die grundlegende Veränderung der Sozialstruktur, eine zunehmende Entsolidarisie-
6 rung und nicht zuletzt die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise führen die bestehenden sozialen
7 Sicherungssysteme an ihre Grenzen und schüren berechtigte Ängste. Vor allem jungen Men-
8 schen fehlt das Vertrauen, im Bedarfsfall nicht durch das soziale Netz zu fallen und bis ins
9 hohe Alter abgesichert zu sein. Kinder werden für Familien mehr und mehr zu einem Armuts-
10 risiko und bei vielen älteren Menschen wächst die Angst vor der Altersarmut.

11 Aus heutiger Sicht hat das System der sozialen Sicherung einen strukturellen Webfehler. Die
12 Koppelung ausschließliche an Erwerbsarbeit setzt weitgehende Vollbeschäftigung voraus, die
13 aber auf absehbare Zeit nicht mehr erreichbar ist. Im Gegenteil: Die Gesellschaft hat sich
14 entwickelt, Rahmenbedingungen haben sich verändert und der Arbeitsbegriff hat sich geweit-
15 et. Neben der Erwerbsarbeit umfasst er heute auch gesellschaftlich unverzichtbare Erzie-
16 hungsarbeit, Pflegearbeit, Bildungsarbeit und ehrenamtliche Arbeit. Diese sind für die Orga-
17 nisation des Gemeinwohls unerlässlich.

18 Die Erwerbsarbeit hat zwar weiterhin eine prioritäre Bedeutung als zwischenmenschliches
19 Bindeglied und gesellschaftliches Integrationsmoment. Sie sichert aber nur noch unzurei-
20 chend die ökonomische Basis der Gesellschaft.

21 Die sozialen Sicherungssysteme müssen diese Veränderungen berücksichtigen und entspre-
22 chend ergänzt werden. Wer nicht erwerbstätig ist, sich aber um Erwerbsarbeit bemüht oder
23 eine der beschriebenen gesellschaftlich notwendigen Arbeiten verrichtet, muss eine Absiche-
24 rung erhalten, die ein menschenwürdiges Dasein und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. .

25 Daraus ergeben sich die folgenden konkreten Forderungen:

- 26 1. Einführung eines Basisgeldes für Kinder und Jugendliche ab ihrer Geburt bis zur Be-
27 endigung der ersten berufsbefähigenden Ausbildung in Höhe von monatlich 500 Euro.
28 Um eine gerechte Gestaltung dieses Basisgeldes zu gewährleisten, werden die Ein-
29 kommen der Eltern berücksichtigt. Das Basisgeld würde die Sozialleistungen wie bei-
30 spielsweise Kindergeld, Kinderzuschlag, Sozialgeld oder BAföG ersetzen.
- 31 2. Einführung eines Basisgeldes für alle Menschen, die erwerbslos sind und sich um eine
32 Erwerbsarbeit bemühen oder eine gleichwertige gesellschaftlich notwendige Arbeit

verrichten (Erziehungsarbeit, Pflegearbeit, Fort-/Weiterbildung oder ehrenamtliche Arbeit) in Höhe des soziokulturellen Existenzminimums. Das Basisgeld ist so ausgestaltet, dass es auch eine Kombination von Erwerbsarbeit und anderen Formen von Arbeit zulässt. Im Rentenalter erhält jeder Mensch das Basisgeld ohne weitere Bedingungen. Beim Basisgeld werden andere Einkommen ab einer bestimmten Höhe berücksichtigt. Das Basisgeld ersetzt derzeitige Sozialleistungen wie etwa das Arbeitslosengeld II, das Sozialgeld oder das Wohngeld. Leistungen für Menschen mit einem besonderen Bedarf, z.B. Menschen mit Behinderungen, werden zusätzlich zum Basisgeld zur Verfügung gestellt.

3. Die Erwerbsarbeit muss weiterhin eine hohe Priorität haben. Jeder Mensch der einer Erwerbsarbeit nachgehen will, muss dazu auch die Chance erhalten. Die Anstrengungen in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderung müssen deshalb fortgesetzt und ausgebaut werden.
4. Von einer Vollzeitstelle muss ein Arbeitnehmer oder eine Arbeitnehmerin leben können, ohne Transferleistungen in Anspruch nehmen zu müssen. Dies muss auch bei einer Familie unter Berücksichtigung des Basisgeldes für Kinder der Fall sein. Deshalb braucht es einen Mindestlohn, der dies gewährleistet und gleichzeitig auch eine zusätzliche private Altersvorsorge ermöglicht.
5. Das Bildungssystem muss reformiert und finanziell besser ausgestattet werden. Es muss Chancengleichheit und individuelle Förderung in Kita, Schule, Ausbildung und Studium sowie spezifische Bildungsmaßnahmen für junge Familien sicherstellen. Das lebenslange Lernen wird zu einer weiteren Säule des Bildungssystems ausgebaut. Für jeden Jugendlichen muss ein betrieblicher Ausbildungsplatz oder ein Studienplatz angeboten werden.
6. Ehrenamtliches Engagement ist unverzichtbar für unsere Gesellschaft. Deshalb braucht es eine verstärkte gesellschaftliche Anerkennung von ehrenamtlich Tätigen wie auch verbesserter Rahmenbedingungen. Dazu zählen Qualifizierungsangebote, eine umfassende finanzielle Ausstattung der Initiativen und Organisationen wie auch verbesserte steuerliche Rahmenbedingungen und flexiblere Freistellungs- und Urlaubsregelungen.
7. Zur Finanzierung dieser Aufgaben braucht es eine gerechtere Gestaltung unseres Steuer- und Abgabensystems. Notwendig ist vor allem, nicht nur das Erwerbseinkommen sondern alle Einkommensarten heranzuziehen.

8. Erziehungs- und Pflegearbeit müssen einen zusätzlichen Anspruch auf Altersvorsorge begründen.

Diese Forderungen können und sollen nicht erschöpfend sein. Sie markieren vielmehr die Handlungsstränge, die nötig sind, um die Soziale Sicherung in Deutschland neu zu denken.

Begründung:

Gerechtigkeitslücken und Sicherungsdefizite

Die derzeitige soziale Lage in Deutschland offenbart große Gerechtigkeitslücken und Sicherungsdefizite, die sich in fast allen Lebenslagen darstellen. Eine beängstigende Kinder-, Jugend- und Familienarmut, die Gefahr von über Generationen hinweg vererbten „Sozialhilfekarrieren“ und eine unzureichende gesellschaftliche und soziale Integration von Migrantinnen und Migranten machen dies deutlich. Das lebenslange Normalarbeitsverhältnis verschwindet zusehends. Eine hohe Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Zunahme eines Fachkräftemangels ist kein vorübergehendes Phänomen, sondern Ergebnis einer strukturellen Entwicklung, die sich in besonderer Härte in den neuen Bundesländern zeigt. Entsprechend nehmen Brüche in den Erwerbs- und damit Einkommensverläufen zu. Immer mehr Menschen müssen unfreiwillige Arbeitsflexibilität, Arbeitsplatzunsicherheit und Arbeitslosigkeit erfahren. Eine Sicherung des Lebensstandards auch nach dem Erwerbsleben ist nur durch eine ergänzende private Vorsorge möglich, zu der Teilen der Gesellschaft die finanziellen Voraussetzungen fehlen. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass sich Besserverdienende verstärkt aus der solidarischen Finanzierung der Sicherungssysteme zurückziehen und sich ausschließlich privat absichern. Zudem werden Einnahmen wie z.B. Kapitalerträge, Mieteinnahmen o. ä. bisher noch gar nicht berücksichtigt.

Noch immer dominiert die Erwerbsarbeit das Verständnis von sozialer Integration. Gesellschaftlich notwendige Aufgaben neben der Erwerbsarbeit – Kindererziehung, häusliche Pflege, ehrenamtliches Engagement – erfahren eine unzureichende Anerkennung. Gleichzeitig erodiert die Erwerbsarbeit und ein stark wachsender Niedriglohnsektor stellt nicht mehr automatisch sicher, dass Vollzeitarbeit auch den Lebensunterhalt sichert.

Ziel einer sozial gerechten Politik muss es sein, Teilhabechancen für alle Menschen in unserer Gesellschaft zu sichern. Eine solche Teilhabe darf sich nicht auf rein ökonomische Aspekte beschränken, sondern muss soziale, politische und kulturelle Teilhabechancen einschließen. An der Frage der gerechten Verteilung von Bildungschancen wird deutlich, dass dies bisher nicht gelingt. In Deutschland sind, gerade auch im internationalen Vergleich, die Bildungschancen besonders ungleich verteilt und in einem überdurchschnittlich starken Maße abhän-

gig von der sozialen Herkunft und dem Einkommen der Eltern. Dazu kommen ein mittlerweile schon struktureller Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen und ein nur unzureichend finanzierter Hochschulbereich.

Die Sozialpolitik stand in den vergangenen Jahren unter einem massiven Veränderungs- und Anpassungsdruck. Dies führte zu einer kaum noch überschaubaren Anzahl von Eingriffen in Sozialleistungsgesetze, Gesetzesnovellen und zu grundsätzlichen neuen Regelungen. Für die Betroffenen ist so eine Situation entstanden, in der staatliche Unterstützungsleistungen als unübersichtlich und nicht sachgerecht wahrgenommen werden.

Diese Wahrnehmungen machen deutlich, dass in einem gesellschaftlichen Konsens Anforderungen entwickelt werden müssen, an die die sozialen Sicherungssysteme anzupassen sind.

Sozialprinzipien als Grundlage sozialer Sicherung

Die katholische Soziallehre beschreibt mit ihren Sozialprinzipien wesentliche Bausteine für ein christliches Menschenbild und die Bedeutung von Arbeit. Aus den Prinzipien von Personalität, Subsidiarität, Solidarität und Gemeinwohl lassen sich die oben genannten Anforderungen an ein soziales Sicherungssystem in besonderer Weise ableiten.

Gott hat dem Menschen die Fähigkeit gegeben, mit Hilfe seiner natürlichen Vernunft die Würde der menschlichen Person und damit verbunden die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu erkennen. Der Mensch muss stets Ursprung, Träger und Ziel aller gesellschaftlichen Einrichtungen und Vorgänge sein („Personalität“). Jeder Mensch und jede kleinere menschliche Gemeinschaft ist für sich selbst verantwortlich. Erst dann, wenn die kleinere Einheit sich nicht mehr selbst helfen kann, leistet die größere Gemeinschaft Hilfe zur Selbsthilfe. Dies verlangt ein Miteinander und Ineinander der gesellschaftlichen Ebenen, das von unten nach oben organisiert ist („Subsidiarität“). Jeder Mensch und ebenso die Gemeinschaft ist verpflichtet, niemanden in Würdelosigkeit oder Ungerechtigkeit zu belassen, Entfaltung zu ermöglichen und Lebensgefährdung zu verhindern. Auch der Nichtleistungsfähige muss in seiner Würde geachtet und versorgt werden. Der Starke muss demnach bereit sein, mehr zu geben als er empfängt („Solidarität“). Das Ganze der Gesellschaft darf dabei nicht aus dem Auge verloren werden. Gemeinwohl fordert soziale Gerechtigkeit in der Gestaltung der Gesellschaft und Eigenverantwortung für das Ganze, nicht nur für den Eigennutz. Je weitergehender die Menschen in der Lage sind sich auf gemeinsame Werte zu einigen, umso reichhaltiger kann sich das Gemeinwohl entfalten.

Daraus abgeleitet soll Arbeit, als konstitutives Element sozialer Sicherung zunächst die eigene Existenz und die der Familie sichern und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen

134 nicht zerstören. Für unsere heutige gesellschaftliche Realität bedeutet diese „Naturalfunktio-
135 on“, dass durch Erwerbsarbeit das Leben einer Familie gesichert sein muss. Dabei ist es un-
136 wichtig, ob nur ein Familienmitglied erwerbstätig ist oder die Erwerbstätigkeit auf mehrere
137 Schultern verteilt wird. Weiterhin darf der Eintritt ins Rentenalter nicht zu einem drastischen
138 Einbruch in der bisherigen Lebensführung führen, eine materielle Lebensplanung unmöglich
139 machen und die Gefahr einer Armut im Alter immer stärker anwachsen lassen.

140 Arbeit übernimmt gleichzeitig auch eine „Personalfunktion“, indem sie als humane, schöpferi-
141 sche Tätigkeit die eigene Selbstentfaltung fördert. Damit dies gelingen kann, muss Bildung
142 einen noch größeren gesellschaftlichen Stellenwert erhalten. Der Mensch muss dabei mit
143 seinen Talenten, seinen Fähigkeiten und seinem Können im Mittelpunkt stehen. Für alle
144 muss es die gleichen und garantierten Chancen und Möglichkeiten geben und zwar auf dem
145 gesamten Weg: von der frühkindlichen Bildung über die Schule, den Start ins Berufsleben,
146 den akademischen Abschluss bis hin zur Weiterbildung im Erwachsenenleben.

147 In ihrer „Sozialfunktion“ muss Arbeit darüber hinaus die gesellschaftliche Integration, Aner-
148 kennung und Teilhabe gewährleisten. Schon heute wird deutlich, dass unser Wirtschafts- und
149 Gesellschaftssystem nicht mehr jeder und jedem einen traditionellen Erwerbsarbeitsplatz zur
150 Verfügung stellen kann. Gleichzeitig wächst der Bedarf an Arbeit, die nicht Erwerbsarbeit ist -
151 in der Familie, in der Pflege, in Vereinen und Verbänden, in den Kirchen. Wer erwerbstätig
152 sein will, der muss auch die Chance haben einen Erwerbsarbeitsplatz zu finden. Da die vor-
153 handene Erwerbsarbeit angesichts eines - nicht nur vorübergehenden - strukturellen Ar-
154beitsplatzdefizits nicht mehr ausreicht, allen einen Arbeitsplatz zu bieten, müssen Existenz-
155sicherung, Selbstentfaltung und Teilhabe als wesentliche Funktionen von Erwerbsarbeit auch
156 auf andere Formen von Arbeit ausgedehnt werden, um das Gemeinwohl zu sichern.

157